

HESSISCHER LANDTAG



NANCY FAESER

Fraktionsvorsitzende der
SPD-Landtagsfraktion

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

hinter uns liegt eine besondere Plenarwoche: Sie war besonders, weil sie wegen der aktuellen Infektionsschutzmaßnahmen ohne Publikum, ohne Presse und mit einer ungewohnten Sitzordnung stattfand. Sie war aber auch besonders, weil die meisten Themen, die wir debattiert haben, ebenfalls von der Covid-19-Pandemie bestimmt waren. Dabei ist deutlich geworden: Die Parteien haben sehr unterschiedliche Konzepte dafür, wie mit den sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise umzugehen ist.

Bei den wesentlichen Entscheidungen zu Beginn der Krise haben wir die schwarz-grüne Landesregierung unterstützt. Inzwischen aber wird deutlich, dass die Landesregierung ein Korrektiv braucht beim Weg zurück in eine neue Normalität, bis es eine Arznei oder eine Impfung gegen Covid-19 gibt. Dieses Korrektiv sind wir.

Die Regierungen des Bundes und der Länder haben in den vergangenen Tagen

beschlossen, einen großen Teil der strengen Infektionsschutzmaßnahmen zu lockern. Die Landesregierung ist nun mehr denn je in der Pflicht, die weiteren Schritte sorgsam zu planen, zu kommunizieren und umzusetzen. Gerade bei der Wiedereröffnung der Schulen und der Kindergärten fehlt uns dazu bisher ein nachvollziehbares Konzept. Dieser Umstand ist inakzeptabel, denn es geht um die Entlastung der Eltern – und darum, die betroffenen Einrichtungen nicht länger darüber im Unklaren zu lassen, was sie vom Land zu erwarten haben.

Ein sehr großer Teil der Verantwortung für den weiteren Verlauf der Pandemie liegt nun bei uns, den Bürgerinnen und Bürgern. Wir müssen sehr achtsam mit den wiedergewonnenen Möglichkeiten für das Alltagsleben umgehen. Denn Solidarität heißt in dieser Zeit, Freiheiten zu nutzen, aber nicht auszunutzen.

Ihre Nancy Faeser

LANDESREGIERUNG FEHLT KLARER KOMPASS

ANTWORT AUF REGIERUNGSERKLÄRUNG



In der Debatte über die Regierungserklärung von Sozialminister Kai Klose zur Covid-19-Pandemie forderte Nancy Faeser eine bessere Beteiligung des Parlaments ein. „Wir als Parlament sind die Impulsgeber, um auch Korrekturen auf dem Weg aus der Krise vornehmen zu können“, erklärte die Fraktionsvorsitzende. Doch diese Impulse müssten auch von der Landesregierung ernstgenommen werden. So unterstütze die

SPD-Fraktion die Landesregierung wo immer es geboten sei und kritisiere sie, wo immer sie falsch, zu spät oder gar nicht handle. Umso wichtiger sei es anzusprechen, dass der Landesregierung immer noch ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen fehle. „Die Menschen in Hessen haben ein Recht darauf, von der Regierung einen Plan, eine Idee und eine Perspektive zu bekommen – für sich persönlich, aber auch für Hessen insgesamt“, erklärte Faeser. Schwarzgrün verliere sich in einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen, die meist schlecht kommuniziert und den Betroffenen nicht ausreichend erklärt würden. Dabei bezog sich Faeser vor allem auf den Bereich von Schulen und Kitas. „Wie sieht dieser Unterricht aus, wie wird er organisiert, wel-

che Handreichungen bekommen die Schulen?“, wendete sie sich an die Regierungsbank.

In anderen Bundesländern gingen die Landregierungen in wichtigen Fragen deutlich planvoller vor, zum Beispiel bei den Virustests für das Personal in Alten- und Pflegeheimen. Faeser forderte außerdem erneut, den Pflegekräften schnell und ohne bürokratische Hürden einen Landesbonus auszuzahlen und eine dauerhaft bessere Bezahlung sicherzustellen.

Um die Krise zu überstehen brauche es einen klaren Kompass. „Dabei müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir brauchen eine gerechte Verteilung der staatlichen Unterstützung. Und wir dürfen vor allem die Schwächsten in dieser Gesellschaft nicht vergessen“, schloss Faeser.

CORONA VERSCHÄRFT MIETSITUATION

Auch und gerade in Zeiten von Corona will die SPD-Fraktion eine wirksame Mietenbegrenzung einführen. Das machte die wohnungspolitische Sprecherin Elke Barth in der Plenardebatte über einen besseren Mieterschutz deutlich. Dass eine solche Mietenbegrenzung rechtlich möglich sei, ergebe sich aus einem Rechtsgutachten, das die Fraktion Anfang März vorgestellt hatte. „Die Auswüchse auf dem Mietmarkt zu bekämpfen und die Mieterinnen und Mieter vor unbegrenzt steigenden Wohnungskosten zu schützen, ist in der aktuellen Krise noch wichtiger als

zuvor“, betonte Barth. „Unser Antrag für eine Mietenbegrenzung verfolgt einen moderaten Ansatz: Wohnungseigentümer, die zu fairen Preisen vermieten, werden von der Regelung gar nicht betroffen sein. Unser Modell würgt auch Neubauinvestitionen und Investitionen in Modernisierungen nicht ab, weil es einen guten Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Mieterinnen und Mieter und den wirtschaftlichen Interessen der Vermieter schafft. Trotzdem wird eine Mietpreisbegrenzung, wie wir sie vorgelegt haben, die Auswüchse auf dem in vielen Kommunen



überhitzten Wohnungsmarkt begrenzen.“ Barth erläuterte weiter, dass ein Inflationsausgleich bei der Festsetzung der Mieten weiterhin möglich bleiben solle. Zudem solle die Deckelung erst dann greifen, wenn der Mietpreis 80 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete übersteige. Gerade jetzt, in Zeiten der Corona-Krise, müsse dringend gehandelt werden, da diese die Situation weiter verschärfen könne.

SCHWARZGRÜN FEHLT GESTALTUNGSWILLE

COVID-19: WIRTSCHAFTSPOLITIK

„Diese Gesellschaft und dieser Staat sichern Arbeit und Beschäftigung, helfen Unternehmen, die unverschuldet in Existenznöte geraten



TOBIAS ECKERT

sind und Gesellschaft und Politik müssen nun die Antworten geben, wie wir auch unsere Wirtschaft wieder ins Wirtschaften bekommen“, erklärte Tobias Eckert in der Plenardebatte zur finanziellen Unterstützung von Unternehmen, die durch die Corona-Krise betroffen sind. Dazu brauche es eine politische Debatte und auch Streit um den richtigen Weg. Dabei sei es die Aufgabe des Landes die Gemeinwohlorientierung als Ganzes in den

Blick zu nehmen. „Und da haben wir von CDU und Grünen mehr erwartet. Wir fragen uns: Wo ist der Plan, wo ist der Kompass, wo sind die Maßnahmen, damit unsere Wirtschaft wieder ins Wirtschaften kommt? Und zum anderen: Wie helfen wir denen, bei denen es nicht schnell wieder rundlaufen wird – eben wegen des Gesundheitsschutzes und staatlicher Einschränkungen“, sagte Eckert. Beim Thema Soloselbstständige offenbare die Koalition leider nur ihre tiefe Ideen- und Antriebslosigkeit statt eines echten Gestaltungswillens.

CORONA LEGT VERSÄUMNISSE OFFEN

SCHULPOLITIK

Wieder einmal habe die Landesregierung Eltern, Lehrern und Schülern ohne jegliche Erläuterungen einen Termin für die weitere Öffnung der Schulen vor die Füße geknallt, kritisierte Christoph Degen die Landesregierung. „Das ist inakzeptabel. Denn offensichtlich gibt es für die Schulöffnungen jetzt zwar einen Termin, aber kein Konzept“, so der bildungspolitische Sprecher. „Irgendwie soll das Lernen also bis zum Schuljahresende abwechselnd zuhause und in der Schule stattfinden. Wie genau das funktionieren solle, verrät die Landesregierung nicht.“ Degen forder-

te Kultusminister Lorz erneut auf, in diesem Schuljahr auf die Prüfungen für die mittleren Bildungsabschlüsse zu verzichten. Gleichzeitig würdigte der bildungspolitische Sprecher die engagierte Arbeit der Schulen und der Eltern, die sich bemüht hätten, trotz der Schulschließungen Lernfortschritte bei den Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen. Vor allem habe die Corona-Pandemie jedoch die Versäumnisse der letzten Jahre in der hessischen Schulpolitik offengelegt. So habe die Landesregierung beispielsweise keine Vorbereitungen für die Digitalisierung der

ABGEORDNETENBEZÜGE

In einem gemeinsamen Antrag haben sich die Fraktionen von SPD und Freien Demokraten dafür eingesetzt, die für dieses Jahr zu erwartende Anpassung der Bezüge an den hessischen Nominalindex auszusetzen. „Zum 1. Juli würden die Bezüge um 2,3 Prozent steigen“, erklärte Günter Rudolph. „Allerdings halten wir eine Anhebung der Abgeordneteneinkommen angesichts der Corona-Krise für unpassend und nicht vermittelbar. Aktuell sehen sich hunderttausende von Menschen in Deutschland mit Kurzarbeit oder gar dem Verlust ihres Arbeitsplatzes konfrontiert, die wahren wirtschaftlichen Schäden durch das Virus lassen sich noch gar nicht beziffern.“ In dieser Situation das Index-Verfahren anzuwenden, sei aus Sicht der SPD ein falsches Zeichen.



Schulen getroffen. „Das Land muss sicherstellen, dass alle Schülerinnen und Schüler über die erforderlichen Geräte verfügen können, auch wenn die Eltern finanziell nicht imstande sind, mal eben dreihundert oder fünfhundert Euro für ein Laptop oder ein Tablet auszugeben“, schloss Degen.

ABSCHAFFUNG AUSLÄNDERBEIRÄTE



In der abschließenden Beratung über ein „Gesetz zur Verbesserung der politischen Teilhabe von ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern“ erklärte Günter Rudolph, dass dieses Gesetz nicht zur Verbesserung der politischen Teilhabe beitrage, sondern die faktischen Möglichkeiten von Nicht-EU-Ausländern, sich an der Gestaltung von Politik vor Ort zu beteiligen, einschränke. Im Ergebnis werde der politische Wille der Ausländerbeiräte mit Füßen getreten, insbesondere die CDU wolle eine faktische Abschaffung der Ausländerbeiräte, was ihr Koalitionspartner willenlos hinnehme. „Dies ist ein Armutszeugnis“, urteilte Rudolph.



UKGM

„Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg bleibt ein Fehler“, so Dr. Daniela Sommer in der Plenardebatte. Mit dem Aktionärspoker gehe das Gezerre um das Uniklinikum in die nächste Runde. Dies dürfe nicht zu Lasten der Beschäftigten und der Gesundheitsversorgung gehen. „Statt der geplanten Übernahme der Rhön-AG und des Klinikums durch den Branchenriesen Asklepios weiter unbekümmert und tatenlos zuzusehen, muss das Land Verantwortung übernehmen und sich kümmern“, mahnte Sommer. Statt ihre Kontrollpflichten wahrzunehmen, schauten die zuständigen Minister jedoch weg.

CORONA-HILFEN



Gezielte Hilfen der Landesregierung für besonders von der Pandemie betroffene Branchen und einen landeseigenen Hilfsfond für Soloselbständige, forderte der arbeitsmarktpolitische Sprecher Wolfgang Decker. „Wir brauchen eine nachhaltige Hilfsstrategie für die besonders von der Krise betroffenen Branchen. Die Gastronomie, die Hotels, die Veranstaltungsbranche, die Schausteller sowie die gesamte Reisebranche und die Fitness- und Gesundheitsbranche werden sich nicht so schnell erholen, weil es dort keine sogenannten Nachholeffekte geben wird,“ erläuterte Decker. Hier müsse Schwarzgrün mit Finanzhilfen unter die Arme greifen.

GEDENKTAG AM 8. MAI

„Am 8. Mai 1945 endete eine in der Geschichte beispiellose politische und gesellschaftliche Barbarei, die in ganz Europa Millionen Menschen das Leben kostete“, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph in der Aussprache zu einem Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE, mit dem der 8. Mai in Hessen zum gesetzlichen Feiertag erhoben werden soll. „An diesem Tag wurde der Grundstein gelegt für die nachfolgende Entwicklung Deutschlands zu der freiheitlichen Demokratie, in der

wir heute leben. Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung – nicht nur für Deutschland, sondern für alle Staaten Europas, die zu Opfern des völkisch-rassistischen Vernichtungswahns der Nazis geworden waren. Insofern ist für die SPD der 8. Mai auch als europäischer Feiertag und als Datum für ein europaweites Gedenken an die Toten der nationalsozialistischen Gräueltaten vorstellbar“, so Rudolph. Wichtig sei, einen offenen Diskurs darüber zu führen, welchen Beitrag Hessen zu einem dauerhaften würdigen

Gedenken an das Kriegsende und die Befreiung vom blutigen Regime der Nazis leisten könne.

Impressum:

SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden

Redaktion:

Christoph Gehring (verantwortlich),
Isabel Neumann,
Gerfried Zluga,
Martina Häußl-David